

VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr.57

Mai/Juni 1982

Preis: 80 Pfg. Solidaritätspreis: 1,20 DM



"ARBEIT FÜR ALLE" LAUTET DIE DIESJÄHRIGE MAIFORDERUNG

WAS MEINST DU ZUM 1.MAI?

Ich bin Stahlbauschlosser und seit 1. April arbeitslos. Meine ehemalige Firma hat mich wegen Personalabbau entlassen. Der Kapitalismus schafft Arbeitslosigkeit. Wer die Arbeitslosigkeit beseitigen will, muß also auch den Kapitalismus abschaffen.

Die augenblickliche Hochrüstungspolitik wird auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen; der Rüstungshaushalt wird immer größer und die Sozialleistungen werden zusammengestrichen. Dadurch

wird der Frieden nicht gesichert, sondern gefährdet.

Auch schafft die Rüstung keine sicheren Arbeitsplätze. Wir müssen die Schlüsselindustrien, Banken, Versicherungen usw. sozialisieren und ein Wirtschaftssystem errichten, in dem wir die Forderung des 1. Mai verwirklichen können: Arbeit für alle!

Thomas Melchert,
Mitglied der Jungsozialisten
Aalen/Ostalbkreis
und IGM-Mitglied

Falkland-Krise: Arbeiter müssen zahlen!

Scheinbar wie ein Blitz aus heiterem Himmel ist der Falkland-Konflikt zwischen Argentinien und Großbritannien ausgebrochen. Die ersten Schüsse könnten schon bald zu einer Seeschlacht im Südatlantik führen.

Die argentinische Militärdiktatur besetzte im Handstreich am 2. April die Falkland-Inseln, auf deren Besitz sie schon lange Anspruch erhebt. Die Inseln sind Überreste des einstigen britischen Weltreichs und standen noch unter britischer Verwaltung.

Für die argentinischen Militärs war das außenpolitische Falkland-Abenteuer die letzte Chance, um die argentinischen Massen von einer innenpolitischen Rebellion abzulenken. Eine Inflationsrate, die seit Jahren über 100% (!) liegt; rund 20%

Arbeitslose; eine Währung, deren internationaler Wert im letzten Jahr alleine auf ein Fünftel gesunken ist; ein Rekord an Industriebankrotten, da das Bruttosozialprodukt um 6% zurückging; eine brutale Unterdrückung demokratischer Rechte, die in den letzten sechs Jahren zur Ermordung von 20.000 Gewerkschaftern führte: vor diesem Hintergrund entwickelte sich in den letzten Monaten eine schnelle Radikalisierung der verarmten Massen. Noch in der Woche vor der Besetzung der Falkland-Inseln durch das Militärregime kam es zur größten Anti-Regierungsdemonstration in Buenos Aires seit Jahren, bei der 1.500 (!) Teilnehmer verhaftet wurden. Diese (natürlich illegale) Demonstration war zusammen mit der schnell um sich greifenden

Streikwelle ein letztes Warnsignal für die Generäle. Die Angst vor der Revolution verführte sie zu ihrem Abenteuer. Sollte es nicht glücken, wird es ihre Köpfe kosten.

Die Welle patriotischer Begeisterung, die gegenwärtig Argentinien überschwemmt, wird sehr bald erneute Ernüchterung und Radikalisierung der Massen nach sich ziehen. Der jetzige Patriotismus wurde nicht zuletzt von den Oppositions- und Gewerkschaftsführern mitgeschürt, die nach der Invasion in trauter Eintracht mit der Militärjunta eine hunderttausendköpfige Kundgebung veranstaltet haben. Die innenpolitischen Schwierigkeiten der britischen Thatcher-Regierung sind ebenfalls beträchtlich.

FORTSETZUNG SEITE 2

SPD nach dem Parteitag:

DIE WENDE MUSS VON UNTEN KOMMEN

Nein zum Sozialabbau - für sozialistische Politik!

Vom Münchner SPD-Parteitag haben die Mitglieder und Anhänger unserer Partei Signale erwartet, wie die SPD wieder aus ihrer Krise herauskommen kann. Leider müssen wir jetzt feststellen, daß in München kein einziges Problem angepackt und gelöst worden ist.

Oberflächlich ist viel "Einheit" und "Geschlossenheit" gezeigt und die Solidarität mit der Bundesregierung bekräftigt worden. Aber es war und ist doch genau die Politik der Bundesregierung, die in den letzten Monaten so viele Mitglieder und Wähler verprellt hat.

Einzelne Beschlüsse zur Wirtschaftspolitik sind immerhin ein kleiner Fortschritt: so soll der Spitzensatz in der Einkommenssteuer für Großverdiener erhöht werden, und Investitionen sollen stärker staatlich gelenkt werden.

Doch Genscher und Lambsdorff haben selbst solche zaghafte Forderungen rundweg abgelehnt.

Die SPD-Beschlüsse zum NATO-Doppelbeschluß und zur Atomkraft können die Partei noch mehr Stimmen unter der Jugend kosten. Aber das Meinungsbild des Parteitags zum NATO-Doppelbeschluß entspricht kaum dem der aktiven Mitglieder. Schließlich hat eine Flut von Anträgen aus Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen überwiegend den Doppelbeschluß abgelehnt.

Auch eine Kabinettsumbildung wird an der Politik und am Zustand der Partei nichts ändern können, so "attraktiv" die neuen Köpfe auch sein mögen.

Ein grundlegender Kurswechsel ist nötig. Wir dürfen nicht warten, bis der Parteivorstand

nach der nächsten schweren Wahlniederlage sich vielleicht was neues einfallen läßt. Wir müssen eine konsequente Alternative von unten her erkämpfen, auch wenn es langwierig sein wird.

- * Gegen Aufrüstung und soziale Demontage!
- * Keine Zusammenarbeit mehr mit der Unternehmerpartei FDP!
- * Für eine SPD-Alleinregierung auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Hans-Gerd Öfinger



DAS ANDERE AMERIKA

Wenn der US-amerikanische Präsident Reagan im Juni zum NATO-Gipfel nach Bonn kommt, dann vertritt er dort nur eine kleine Minderheit seines Landes. Das andere Amerika - die Arbeiterbewegung, die unterdrückten Minderheiten und die neu erstarkte Friedensbewegung - mobilisiert gegen den Präsidenten und seine Politik.

Hierüber und über die weiteren Aussichten berichten wir auf Seite 6.

VORAN-Interview

VORAN sprach mit dem ÖTV-Gewerkschafter Manfred Engelhardt über die konkreten Auswirkungen der Sparpolitik in den Studentenwerken. Zur Person: Manfred ist SPD-Ratsherr der Stadt Aachen, Personalratsvorsitzender des Aachener Studentenwerks und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft aller nordrhein-westfälischen Studentenwerkpersonalräte, die 6.000 Beschäftigte repräsentiert.

SEITE 8

ARTIKEL ÜBER

Friedensbewegung
Arbeiterbewegung und
Demokratie
USA im Umbruch
Kürzungen in NRW

VORAN zur sozialistischen Demokratie!
 Überregionale marxistische Zeitung
 für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.
 Erscheint seit Dezember 1973.
 Abonnementspreis: 7,-DM für sechs Ausgaben
 Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75, 5630 Remscheid
 Telefon: 0 21 91 / 8 12 64
 Bankverbindung: PschA Essen, H.G. Öfinger, Konto Nr. 170 20 - 433
 Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger
 Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen

Falkland-Krise auf dem Rücken der Arbeiter

FORTSETZUNG VON S. 1

Bei einer anhaltenden wirtschaftlichen Talfahrt mit derzeit drei Millionen Arbeitslosen ist die konservative (Regierungs-) Partei auf unter 30% in der Wählergunst gesunken. Der Niedergang des britischen Imperialismus wäre auch durch die Rückeroberung der Falkland-Inseln nicht mehr rückgängig zu machen.

Bis vor kurzem wurde das argentinische Militär von britischen Ausbildern geschult. Mit Waffenexporten haben die Briten auch große Geschäfte mit den heutigen "Feinden" getätigt. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die argentinische Flotte mit britischem Kriegsgerät ausgestattet ist. So ist es die reinste Heuchelei seitens der herrschenden Klasse Großbritanniens, wenn sie heute Gift und Galle gegen die "faschistische Junta" spuckt, um den eigenen Arbeitern die Rückeroberung der Inseln schmackhaft zu machen. Aber auch die Labour-Führung hat plötzlich eine Art Burgfrieden mit der Regierung Thatcher abgeschlossen und unterstützt die Entsendung der Flotte, da es um die "Verteidigung der Demokratie" gehe.

Die Bewohner der Falkland-Inseln — Anzahl: 1.800; nicht mehr als die Einwohnerschaft eines englischen Dorfes — haben von einer militärischen Rückeroberung nichts zu gewinnen. Sie würde mit Sicherheit ihr Leben kosten. Eine andauernde argentinische Besatzung wird natürlich ihren armseligen Lebensstandard ebensowenig verbessern und ihnen zudem die meisten demokratischen Rechte nehmen. Auf den Inseln waren Bildungsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung bereits in der Vergangenheit minimal, Renten gab es gar nicht: Falkländer im "Ruhestand" waren gezwungen, nach Neuseeland oder Australien auszuwandern, da ihnen die rassistischen Einwanderungsgesetze der Thatcher-Regierung eine Umsiedlung nach England verweigerten!

Für die britischen Arbeiter ist die Seereise der rasch zusammengelieferten Flotte (der Flugzeugträger "Invincible" war eigentlich schon an Australien verkauft!) bereits jetzt eine teuere Angelegenheit: sie hat schon 300 Millionen DM gekostet, und Thatcher hat angekündigt, diese Gelder durch weitere Kürzungen an den Sozialleistungen wieder hereinzuholen.

Ein mit letzter Konsequenz geführter Krieg wird langfristig beide Regierungen in noch größere innenpolitische Schwierigkeiten stürzen. Deshalb ist es wahrscheinlich, daß — eventuell nach einigen kleineren Scharmützeln — unter dem Druck der USA (die es sich nicht leisten können, daß zwei enge Verbündete sich gegenseitig an die Gurgel springen) im letzten Augenblick ein Kompromiß erreicht wird, der beide Seiten notdürftig das Gesicht wahren läßt.

Sozialisten und Gewerkschafter können weder den Standpunkt der britischen Kapitalisten noch den der argentinischen Junta unterstützen. Argentiniens Handstreich ist kein "Akt anti-imperialistischen Befreiungskampfes" und auch keine "legitime Sicherung historischer Rechte" (wie es die DKP behauptet). Er wird — wenn nicht rückgängig gemacht — die 1.800 Falkländer einer Diktatur ausliefern. Und der Gegenschlag der Thatcher-Regierung ist keine "Verteidigung der Demokratie" (wie uns manche SPD-Führer einreden wollen). In erster Linie geht es ihr darum, von den eigenen innenpolitischen Problemen abzulenken, den letzten Rest militärischen Prestiges des britischen Imperialismus zu retten und handfeste wirtschaftliche Interessen zu verteidigen: rund um Falkland gibt es reiche Fischgründe; Ölvorkommen vom Sechsfachen der Nordseevorräte werden vermutet; und wer Falkland besitzt, kann größere Ansprüche auf die Antarktis erheben, wo in Zukunft die Ausbeutung verschiedenster Rohstofflager profitabel sein wird.

- *Nein zum Krieg zwischen Argentinien und Großbritannien!
- *Für den Sturz der Thatcher-Regierung; für die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen!
- *Nieder mit der argentinischen Militärjunta; für einen umfassenden Handelsboykott gegen die Militärs, der von den Gewerkschaften international organisiert werden soll, um die argentinischen Arbeiter bei ihrem Kampf gegen die Diktatur zu unterstützen.
- *Für einen Weltbund sozialistischer Staaten als einzige Möglichkeit, die Rechte der Falkländer zu schützen!

(26. 4. 82)

Leserbrief des Juso-Vorsitzenden Niederrhein

"Parteivorstand repräsentiert Mitgliedschaft"

Betrifft: Artikel "Chancen für eine neue USPD?" (VORAN Nr. 55)



Liebe Angela,
 Liebe Genossen von der VORAN-Redaktion,

... Auch Ihr bleibt lediglich moralisierend, wenn Ihr unterstellt, daß den parlamentarischen Linken lediglich das mutige Auftreten und konsequente Argumentieren abgeht. Opportunismus und gesammeltes persönliches Versagen ist Euch die Ursache dafür, daß wir keine parlamentarische Linke haben.

Als Erklärung für das Fehlen einer parlamentarischen Linke reicht das aber nicht aus. Tatsache ist, daß Karl-Heinz Hansen letztlich nur deshalb ausgeschlossen werden konnte, weil es im Bezirksvorstand der SPD Niederrhein keine linke Mehrheit gab. Auch der Bezirksparteitag, der diesen Bezirksvorstand vor zwei Jahren wählte, war nicht mehrheitlich links. Karl-Heinz Hansen ist gescheitert, weil es eben nicht genügt, mutig und konsequent zu argumentieren,

man braucht an seiner Parteibasis auch Mehrheiten, die diese Politik mittragen. . .

Der Juso-Bezirksvorstand Niederrhein tritt übrigens schon seit Jahren dafür ein, daß Jungsozialisten nur dann für Parteiämter und Mandate kandidieren sollten, wenn wenigstens eine minimale Absicherung dieser Arbeit gewährleistet ist. Der Weg vieler einzelner Juso-Genossen von "links unten nach rechts oben" war doch meist der Weg von der linken Juso-AG in die mehrheitlich nicht linke SPD-Ratsfraktion. Es war schon immer falsch, weil zu einfach, lediglich den ehemaligen Genossen daraus einen Vorwurf zu machen. Die Frage mußte und muß immer auch lauten: Waren überhaupt die Voraussetzungen dafür gegeben, daß der Einzelne seine linke Position durchhalten konnte; was hat die Juso-AG getan, um ihn zu stützen. . .

Lassen wir die politischen Veränderungen der letzten zwei, drei

Jahre unberücksichtigt, so müssen wir davon ausgehen, daß der Parteivorstand der SPD in seiner Zusammensetzung tatsächlich auch die politische Meinung der Mitgliedschaft repräsentiert. Die Farbe von der linken Basis und der rechten Führung der SPD verniedlicht den Umfang unserer Aufgabe. Es kommt keineswegs darauf an, endlich den "richtigen" Parteivorstand zu wählen, wir müssen zunächst einmal auch weiterhin Überzeugungsarbeit in der Partei und in der Bevölkerung leisten. . .

Unsere Konsequenz lautet: Weniger auf die parlamentarische Linke starren, mehr dafür tun, daß linke Inhalte gesellschaftlich und in der SPD mehrheitsfähig werden.

Mit sozialistischen Grüßen
 Dietmar Gatzmaga
 Juso-Bezirksvorsitzender
 Niederrhein

(Brief leicht gekürzt)

VORAN antwortet

Liebe Genossen vom Bezirksvorstand Niederrhein!

Wir begrüßen Euren Brief, weil er die Gelegenheit bietet, unterschiedliche Standpunkte zu diskutieren. Sicher muß noch viel Überzeugungsarbeit in Partei und Bevölkerung geleistet werden. Die Frage ist: wo stehen wir heute? Haben die Jusos bisher richtig gearbeitet, oder sind nicht viele Chancen von der Partei-linken vertan worden?

So ging man seit Urzeiten zwar in der Theorie immer von der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus aus, wurde aber in der Praxis von der tiefen Rezession 1974/75 völlig überrascht.

Wer noch an Reformplänen bastelt, während die wirtschaftliche Basis für eine dauerhafte Reformpolitik im Kapitalismus dahinschwindet, kann natürlich weder Partei noch Bevölkerung über die tatsächlichen Folgen der Krise aufklären.

Ähnliches gilt für Probleme wie Umwelt, Frieden, Wohnungsnot. Hier sind Bewegungen an den

"Unzufriedenheit der Mitglieder wächst"

Jusos vorbei entstanden, deren Bedeutung von ihnen zunächst erst gar nicht erkannt wurde.

Gerade an solchen Teilproblemen, die große Teile der Jugend beschäftigen, hätten die Jusos anknüpfen und sie mit umfassenden gesellschaftlichen Lösungsansätzen verbinden müssen.

Ihr seid oft in einer statischen Betrachtungsweise verharnt. Dies spricht auch aus Eurem Antwortschreiben: "Lassen wir die Veränderungen der letzten zwei, drei Jahre unberücksichtigt. . .". Ihr dürft es uns wirklich glauben — in den letzten zwei, drei Jahren hat sich viel getan. 1980 waren Bundestagswahlen, in denen sich noch einmal eine beachtliche Bewegung gegen Strauß und für die SPD entwickelte.

Wann zuvor hat eine Regierung je so schnell abgewirt-

schaftet? Schließlich stehen wir heute — nur anderthalb Jahre danach — vor der Möglichkeit eines vorzeitigen Regierungswechsels. Dazwischen liegen: Anwachsen der Hausbesetzer-Szene, Friedensbewegung, die Grünen in verschiedenen Parlamenten, 100.000 in Brokdorf, 300.000 in Bonn, Startbahn West, "Operation 82" (Haushaltskürzungen), Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen, Zerschneidung des "sozialen Netzes". Und ihr meint wirklich, das alles sei spurlos an der SPD-Basis vorbeigegangen?

Oder glaubt Ihr tatsächlich, daß die Bundesregierung und die SPD-Fraktion noch halbwegs die Politik betreiben, die die Parteimitglieder und Anhänger wollen? Wenn ja — warum dann dieser Wähler- und Mitgliederschwund?

Ihr unterstellt stillschweigend, daß eine Basis immer die Führung hat, die sie verdient. Die Sache läuft jedoch etwas komplizierter und nicht so mechanisch. Natürlich ist die Basis nicht durchweg links und die Führung nicht ausschließlich (wenn auch überwiegend) rechts. Was wir aber feststellen, ist ein beginnender Prozeß der Polarisierung, in der Tendenz zwischen "links unten" und "rechts oben".

Die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen sozialistischen Ideen war seit dem Nachkriegsboom nie so groß wie heute. In dieser Lage kommt es sehr wohl darauf an, daß eine Kraft vorhanden ist, die diese Unzufriedenheit aufgreift. Wenn aber dann die ehemaligen wortradikalen Juso-Vorsitzenden und prominenten "Linken" sich um ihrer eigenen Karriere willen immer mehr anpassen und in entscheidenden Fragen vor den Rechten kapitulieren — wie soll dies die kritischen Genossen, die es in jedem Ortsverein gibt, dazu ermuntern, offensiv für linke Mehrheiten zu kämpfen?

ANGELA BANKERT

"Demokratische Sozialisten":

AUSSER THESEN NICHTS GEWESEN

Wer auf dem Recklinghäuser Kongreß der "Demokratischen Sozialisten" erwartet hat, daß sie inhaltlich mindestens auf dem Diskussionsstand der Linken in der SPD aufbauen — der war von den dort vorgelegten "Recklinghäuser Thesen" enttäuscht.

Die zentrale Frage für jeden Sozialisten ist die der wirtschaftlichen und politischen Macht. Was sagen die Thesen dazu?

Kein Wort darüber, daß die Macht der Großkonzerne gebrochen werden muß. Auch nichts zur Vergesellschaftung. Das Programm der Jungsozialisten mit der konkreten Forderung nach Sozialisierung von über hundert namentlich genannten Konzernen nimmt sich demgegenüber trotz aller Halbheiten geradezu revolutionär aus.

Das Höchste der Gefühle ist für die Demokratischen Sozialisten die Forderung nach einer "gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung". (Noch gerechter?!)

Und wo die Jusos schon seit 1974 die Kommunalisierung von Grund und Boden

fordern, mögen sich die Demokratischen Sozialisten um Coppik und Hansen nur zu einer "steuerlichen Neuregelung der Bewertung des Vermögens an Grund und Boden" durchringen.

Auch der bürgerliche Staat scheint ihnen gar nicht so unsympathisch zu sein. Sie schlagen hier den "Abbau institutioneller und juristischer Hindernisse für eine basisdemokratische Politik" vor. Als ob nicht der ganze bürgerliche Staat den Interessen der Herrschenden dient und ein einziges "institutionelles Hindernis" ist, das beseitigt und durch einen demokratischen Arbeiterstaat ersetzt werden muß.

Es scheint, als sei die mittlerweile über hundertjährige Diskussion über die Rolle des Staates an den Verfässhern dieser Thesen spurlos vorbeigegangen.

Jeder Linke muß sich jetzt noch kritischer als bisher fragen: was soll eine neue Organisation, wenn ihr Programm weit hinter das der bestehenden linken Organisationen zurückfällt?

Trotz Demonstrationen und Appellen: Weltweiter Rüstungswahnsinn

FRIEDENSBEWEGUNG - WIE SOLL ES WEITERGEHEN ?



Große Friedensdemonstrationen		
10.10.81	Bonn	300.000
25.10.81	Brüssel	100.000
	London	150.000
	Rom	200.000
18.11.81	Madrid	500.000
21.11.81	Amsterdam	300.000
12.04.82	Chicago	25.000
Ostermärsche 1982		480.000
17.04.82	München	50.000
10.06.82	Bonn	?

Im Laufe des vergangenen Jahres fand eine Wiederbelebung der Friedensbewegung statt. Millionen demonstrierten in ganz Europa und den USA für Abrüstung, gegen die Stationierung neuer Atomraketen.

Vor dem Hintergrund zunehmender internationaler Spannungen erscheinen die steigenden Rüstungsausgaben bei gleichzeitigem Welthunger und -elend einem immer größeren Teil der Bevölkerung als Politik des Wahnsinns. Die Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen nimmt zu; zeigt doch der Konflikt um die Falkland-Inseln erneut, wie unsicher diese Welt ist.

SPD-Basis



Bonn, 10. Oktober 1981: Vorläufig die größte Friedenskundgebung

Die Aktivisten der Friedensbewegung haben vieles geleistet, um in der Bevölkerung das Ausmaß des heute zur Verfügung stehenden Vernichtungspotentials zu verdeutlichen.

Viele Leute, vor allem Jugendliche, wurden durch die Friedensbewegung aus einer gleichgültigen Haltung aufgeschreckt und politisiert. Unzählige Resolutionen, Appelle und Unterschriften wurden abgegeben, in denen die Bundesregierung aufgefordert wurde, eine politische Wende einzuleiten. Gerade auch in der SPD wurde durch die Friedensbewegung ein Klima erzeugt, das große Teile der Basis gegen die Rüstungspolitik von Schmidt, Apel und Co. aufbrachte. Auch wenn sich die Linie der Regierung noch einmal durchgesetzt hat; über 300 SPD-Gliederungen brachten Anträge zur Rüstungsfrage auf dem Münchner Parteitag ein. Fast alle gehen mehr oder weniger in Opposition zum Regierungskurs.

Die SPD-Landesverbände Schleswig-Holstein und Bremen und mit ihnen viele Unterbezirke und Ortsvereine forderten den eindeutigen Stationierungsverzicht

und den Stopp der Vorbereitungsmaßnahmen für die Mittelstreckenraketen. Zehntausende von SPD-Mitgliedern und -Wählern und viele weitere Rüstungsgegner demonstrierten anlässlich des SPD-Parteitages am 17.4.82 in München für den Frieden.

Erfolg und Mißerfolg

Es ist als ein Erfolg zu werten, daß die Diskussion um die Abrüstung die Position des bürgerlichen Staates und auch der Rechtssozialdemokratie im Bewußtsein weiter Teile der Bevölkerung geschwächt wurden. Dies gilt insbesondere für den bürgerkriegsähnlichen Krach um den Ausbau der Militär-Startbahn West in Frankfurt am Main. Ein direkter Erfolg für die Friedensbewegung ist aber nicht in Sicht. Der Kampf gegen die Startbahn West endet wahrscheinlich in einer Niederlage. Während in Genf angeblich noch ernsthaft über Abrüstungsschritte verhandelt wird und viele Rüstungsgegner noch Hoffnungen

darin sehen, stellt die Bundesregierung bereits Gelder bereit, um die Infrastruktur darauf einzustellen, daß Pershing II und Cruise Missiles stationiert werden können. Die Firma MAN hat sogar schon einen Auftrag über die Produktion eines Sattelschleppers zum Transport von Cruise-Missiles-Raketen in der Tasche. Ebenso ist der Aufbau von Abschußbasen in vollem Gange. Trotz Friedensbewegung haben die Bundestagsfraktionen vor kurzem neue Richtlinien für den Waffenexport beschlossen, wonach die Rüstungsindustrie einen größeren Spielraum für Waffenexporte erhält als bisher. Bonn und Washington haben vor einigen Monaten ein Abkommen geschlossen, das die Bundesregierung verpflichtet, die USA im Krisen- und Kriegsfall mit einem Reservistenkorps von 100.000 Mann zu unterstützen. Zusätzlich sollen Einrichtungen zur militärischen Unterstützung "des großen Bruders" aufgebaut und unterhalten werden. Das ganze Programm des sogenannten "War-

time-Host-Nation-Support" kostet 550 Millionen Mark, von denen 1983 die ersten 50 Millionen fällig sind. Die jährlichen Unterhaltungskosten betragen 50 Millionen Mark.

Klassenfrage

Das neueste aus dem Pentagon ist die Neuauflage eines Programmes zur Produktion von Nervengas und chemischen Waffen. Der Rüstungswahnsinn geht weiter - überall auf der Welt. Die heutige Friedensbewegung ist zu schwach, um ihn aufzuhalten. Im Verhältnis zur Friedensbewegung ist der bürgerliche Staat stärker. Dies kommt vor allem daher, daß die Friedensbewegung außer dem Willen eines beachtlichen Teiles der Bevölkerung keine handfesten Druckmittel in der Hand hat. Wir können demonstrieren, Unterschriften abgeben, protestieren und appellieren. Aber wenn das nicht ausreicht, um die Herrschenden zum Kurswechsel zu zwingen, sind wir am Ende mit unserer Bewegung. Die einzige Kraft, die in der kapitalistischen Gesellschaft einen Wandel herbeiführen kann, ist die Arbeiterklasse. Sie produziert die ganze wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft - auch die Waffen. Wenn sie nicht mehr bereit ist, für das Kapital zu arbeiten, ist es mit dessen Herrschaft nicht mehr weit her. Sogenannte autonome Bewegungen haben in ihrer Mehrheit stets aus den Augen verloren, daß sie auf die Arbeiterbewegung angewiesen sind, wenn sich ihre Ziele verwirklichen sollen. Die relative Schwäche der Arbeiterbewegung und vor allem die konservative Haltung ihrer Führung hat viele Kämpfer in verschiedenen Bewegungen blind gemacht für das revolutionäre Potential der Arbeiterklasse. Die Niederlage der eigenen Bewegung hat dann

viele Aktivisten in die Resignation getrieben.

Deshalb muß die Friedensbewegung zur Klassenfrage gemacht werden. Das Bedürfnis nach Frieden muß verbunden werden mit dem Bedürfnis nach einem sicheren Arbeitsplatz, besseren Arbeitsbedingungen und einem angemessenen Lebensstandard. Der ganze Mangel, Armut, Unterdrückung auf der einen Seite und enorme Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen für Rüstungs- und Kriegszwecke auf der anderen Seite haben ihre Ursache in erster Linie im kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst. Die Unternehmer brauchen eine Armee und immer bessere Waffen zur Verteidigung ihres Profitsystems nach außen und innen.

Sozialismus oder Barbarei

Keiner, der sich der Friedensbewegung angeschlossen hat, hat Grund zur Resignation, auch wenn der Rüstungswahnsinn weitergeht. Wir wollen Frieden, aber die Herrschenden sind nicht bereit, ihn uns zu geben. Deshalb müssen wir uns darauf vorbereiten, mit der herrschenden Klasse und ihren politischen Helfershelfern abzurechnen.



Es wird wiederholt Chancen geben, den Kapitalisten die Macht zu entreißen und eine sozialistische Demokratie zu erkämpfen. Erst wenn diese Gelegenheiten verpaßt werden und ähnlich den 20er Jahren eine Serie von Niederlagen die Arbeiterbewegung völlig demoralisiert hat, könnte die herrschende Klasse die Macht an einen neuen Hitler übergeben, der dann den "atomaren Erstschlag" und den "totalen Krieg" anordnen und damit die Zerstörung der gesamten Menschheit einleiten könnte.

Deshalb hängt die Zukunft der gesamten Menschheit davon ab, ob die Arbeiterklasse aus den Klassenkämpfen in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren siegreich hervorgeht. Deshalb heißt die konsequente Fortsetzung der Friedensbewegung: Kampf für eine sozialistische Demokratie, um die herrschende Klasse zu entwaffnen und eine Gesellschaftsordnung aufzubauen, die Kriege nicht mehr nötig hat.

Ursel Beck
Mitglied der Jusos Stuttgart



FÜR FRIEDEN UND ARBEIT IN MÜNCHEN

Am Samstag, den 17. April fuhr ich morgens um sechs Uhr mit der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken - nach München. Ein paar Tage zuvor hatte ich schon in der Zeitung gelesen, daß der Schulausschuß der Stadt München es ablehnte, den Organisatoren Jusos, Falken und Jugendwerk der AWO Turnhallen zur Übernachtung bereitzustellen. "Ganz schöne Sauerei", dachte ich, aber wenn wundert, daß CSU-Politiker als Vertreter des Kapitals es ablehnen, Sozialisten zu unterstützen. Im Bus gab dann der Falken-Sekretär bekannt, daß sie kurzfristig einen halben Campingplatz gemietet und dort eine Zeltstadt für 3.000 Personen errichtet hatten. Ich staunte über so viel Organisationstalent und fragte mich, ob den Jungsozialisten ähnliches gelungen war.

Dies scheint nicht so gewesen zu sein, denn ich hörte von mehreren Genossen, daß sie ursprünglich auch hätten übernachten wollen, nun aber in der Nacht von Samstag auf Sonntag zurückfahren mußten.

Bei der Demonstration und Abschlußkundgebung mußte ich leider feststellen, daß die sozialistischen Jugendverbände Jusos und Falken gegenüber den anderen Teilnehmern in der Minderheit waren. Am besten hatten noch die Falken mobilisiert; das konnte man an der Anzahl ihrer Fahnen erkennen. Ich glaube nicht, daß sich die SPD-Linke gegen die Nachrüstung durchsetzen kann, wenn wir nicht außerdem innerparteilich viel mehr Druck ausüben, um sie zu stärken, zu stützen und voranzutreiben.

Enttäuscht war ich von den Reden der Bundesvorsitzenden von Jusos und Falken. Zum einen hörte ich, daß sie von der SPD "erwarteten", daß diese die Nachrüstung ablehne und entscheidende Schritte in Richtung Abrüstung tue. Ebenso soll die SPD mit dem bereits begonnenen Abbau sozialer Leistungen aufhören und endlich wieder eine Reformpolitik betreiben. Das ist alles gut und richtig, aber unsere Bundesvorsitzenden "erwarten" nur - sie fordern nicht einmal. Zum anderen haben sie anscheinend noch nicht begriffen, was die Sozialisten zur Zeit von Luxemburg, Liebknecht und Lenin erklärten: "Kapitalismus bedeutet Krieg!" Denn selbst wenn es uns gelingen sollte, die Nachrüstung zu verhindern, ist dadurch die Möglichkeit von Kriegen noch lange nicht gebannt. Nur die so-

zialistische Veränderung der Gesellschaft, und zwar weltweit, wird Kriege für immer unnötig machen.

Wir müssen heute den Kampf aufnehmen für die Verstaatlichung der Industriekonzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Eine sozialistische Wirtschaftsordnung muß sich nach den Interessen der arbeitenden Bevölkerung richten. Dann werden die Stahlbosse und andere Rüstungskonzerne wie z.B. Siemens nicht mehr riesige Gewinne einstreichen. Deshalb: Frieden durch Sozialismus!

Dieter Janßen,
Mitglied der SPD und IG Metall
z.Zt. Mannheim

Sich heute einer Gruppe junger Arbeiter als DGB- oder SPD-Mitglied zu erkennen zu geben, ist nicht immer einfach. Viele Arbeiter und Jugendliche sehen keine Verbindung zwischen den traditionellen Organisationen der Arbeiterklasse und sich selbst. Für sie ist der DGB oder die SPD ein anonymes Gremium, das immer wieder die alten, nicht ausreichenden Lohnabschlüsse oder Sozialleistungen fordert.

Gewerkschaften und SPD sind als Kampforganisationen der Arbeiter entstanden. Doch inzwischen haben sich in sie allerlei Karrieristen eingeschlichen.

Die Organisationen der Arbeiter wurden durch nichts anderes als harte Arbeit, große persönliche Opfer und auch blutige Kämpfe aufgebaut. Diese Organisationen waren und sind für die Arbeiter notwendig. Deshalb konnte der Kapitalismus die Arbeiterorganisationen auch nicht ausrotten. Während der Sozialistengesetze (1878 - 1890) wurden viele Genossen gejagt, inhaftiert und ins Exil getrieben. Aber sie hatten Vertrauen in ihre Sache; die Gewerkschaften und die Partei blieben am Leben und wurden weiter gestärkt. Das sind die alten Traditionen von SPD und DGB.

Wachstum und Bürokratisierung

Nach der Aufhebung der Sozialistengesetze setzte um die Jahrhundertwende ein wirtschaftlicher Aufschwung ein, der zu einem ungeheueren Zuwachs der Arbeiterorganisationen führte und ihnen eine Stabilität gab, wie nie zuvor. Dadurch wurde die Arbeit der Arbeiterführer immer mehr zur Alltagsroutine. Sie hoben sich zunehmend von der Mitgliedschaft ab und begannen, typische Merkmale einer Bürokratie zu zeigen. In der Praxis, wie auch in ihren Ideen begnügten sie sich mit dem tagtäglichen Kleinkrieg um Lohnerhöhungen und Sozialreformen.

Spätestens 1914 (Bewilligung der Kriegskredite und Burgfriedens-Abkommen) wurde die konservative Haltung der Arbeiterführer offenkundig. In der Weimarer Republik brachten es zwar sozialdemokratische Gewerkschaftsführer bis zu wichtigen Staats- und Regierungsämtern, aber sie verzichteten auf die grundlegende Umgestaltung der

Gesellschaft. Der Preis hierfür: die Nazis machten sich ab 1933 daran, die Arbeiterorganisationen zu zerstören und eine ganze Generation erfahrener Kämpfer auszurotten.

Mitbestimmung statt Sozialisierung

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur wollte eine Mehrheit der Bevölkerung grundlegende sozialistische Veränderungen. Es war offensichtlich, daß das Großkapital Hitler finanziert und an die Macht gebracht hatte. In Volksabstimmungen, auf Großkundgebungen und in Parteiprogrammen (selbst der CDU 1947!) wurde die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum gefordert. Aber auch diesmal kam das westdeutsche Kapital mit einem

blauen Auge davon. Die Forderung nach Sozialisierung wurde kastriert, übrig blieb die Mitbestimmung in den Grenzen des (unantastbaren) kapitalistischen Privateigentums. Der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer bekannte sich auf einer Stahlkonferenz 1980 zur "konstruktiven" Zusammenarbeit mit dem Kapital:

"Es gab lange und heftige Diskussionen darüber, ob die Gewerkschaften den Weg der Sozialisierung oder Überführung in Gemeineigentum fordern sollten. Wir haben uns für den Weg der Mitbestimmung und Mitverantwortung entschieden..."

In der Nachkriegszeit haben sich viele unserer Arbeiterführer mit dem Kapitalismus angefreundet. Der steile Wirtschaftsaufschwung und der ansteigende Lebensstandard schienen dies zu rechtfertigen.

Frischer Wind

Seit ein paar Jahren ist es in

den Gewerkschaften wieder lebendiger geworden. Eine neue Arbeitergeneration ist herangewachsen. In den 70er Jahren gab es große Streikbewegungen. In den 60er Jahren haben sich die Gewerkschaften oft als ein Versicherungsunternehmen dargestellt: Man wirft oben in den Automaten seinen Beitrag rein und kriegt dafür die Sicherheit, daß im Falle eines Streiks Streikgelder bezahlt werden. Daß Gewerkschaften in erster Linie Kampforganisationen sind, schießen viele vergessen zu haben.

Arbeitslosigkeit, Inflation, Rationalisierung, Abgruppierungen, Aussperrung und all die sonstigen Angriffe der Unternehmer auf unsere Errungenschaften stellen die Gewerkschaften jetzt wieder vor eine Bewährungsprobe. In den letzten zehn Jahren sind um Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverbesserungen und bessere Manteltarife einige Streiks geführt worden. In vielen Fällen war es sogar der erste offizielle Streik nach jahrzehntelanger

ARBEITERBEWEGUNG Für schlagkräftige

Unser Lesetip:

»Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«

von Rosa Luxemburg

"Das starke Wachstum der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland... hat von selbst eine große Verselbständigung der Gewerkschaften, eine Spezialisierung ihrer Kampfmethoden und ihrer Leitung und endlich das Aufkommen eines regelrechten gewerkschaftlichen Beamtenstandes mit sich gebracht..."

...führen bei den Gewerkschaftsbeamten nur zu leicht zum Bürokratismus wie zur Borniertheit der Auffassungen. Beides äußert sich in Tendenzen, die für die Zukunft der gewerkschaftlichen Bewegung selbst höchst verhängnisvoll werden könnten. Dahin gehört vor allem die Überschätzung der Organisation, die aus einem Mittel zum Zweck allmählich in einen Selbstzweck, in ein höchstes Gut verwandelt wird, dem die Interessen des Kampfes vielfach untergeordnet werden. Daraus erklärt sich auch jene offen zugestandene Ruhebedürfnis, das vor einem größeren Risiko und vor vermeintlichen Gefahren für den Bestand der Gewerkschaften, vor der Ungewißheit größerer Massenaktionen zurückschreckt..."

Vielleicht erkennt der eine oder andere VORAN-Leser darin einige seiner führenden Gewerkschaftskollegen wieder? Diese Worte stammen aber nicht von irgendeinem linken Gewerkschafter des Jahres 1982, sondern sind über 75 Jahre alt. Rosa Luxemburg, die wohl bedeutendste Marxistin der deutschen Arbeiterbewegung, schrieb sie 1906 in "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften". Sie verfasste diese Schrift im Auftrag der Hamburger SPD-Landesorganisation und der SPD-Vorstände von Altona, Ottensen und Wandsbek. Damals lösten größere Streik-

bewegungen in Deutschland und die Russische Revolution von 1905 in der SPD eine intensive "Massenstreikdebatte" aus. Die Parteiführung um Bebel und Kautsky befürwortete den Massenstreik - allerdings nur als ein per Vorstandsbeschluß angesetztes und später wieder vom Vorstand abzublendes Mittel, um Druck auf das Parlament auszuüben und beispielweise das preußische Dreiklassenwahlrecht zu Fall zu bringen. Die Gewerkschaftsführung um Legien hielt schon allein die Diskussion um den politischen Massenstreik für



verwerflich und wollte das "Propagieren" des Massenstreiks verbieten.

Rosa Luxemburg wandte sich entschieden gegen die Auffassung vom Massenstreik als "Taschenmesser, das man in der Tasche 'für alle Fälle' zusammengeklappt bereithalten oder auch nach Beschluß aufklappen und gebrauchen kann." Ebensowenig, so wies sie aus den jüngsten Erfahrungen nach, könne das Problem durch ein "Verbot" aus der Welt geschafft werden. Sie forderte, daß eine solche Bewegung von Partei und Gewerkschaften aufgegriffen werden müsse. Die

Partei könne einen Massenstreik weder ausrufen noch blockieren, sondern müsse ihn anführen und weitertreiben, sobald er ausbricht.

"Es ist gänzlich verkehrt, sich den Massenstreik als einen Akt, eine Einzelhandlung zu denken. Der Massenstreik ist viel mehr die Bezeichnung, der Sammelbegriff einer ganzen jahrelangen, vielleicht jahrzehntelangen Periode des Klassenkampfes."

Acht Jahre vor Kriegsausbruch, zwölf Jahre vor der deutschen Novemberrevolution und 14 Jahre vor dem Generalstreik gegen den Kapp-Putsch bewies Rosa Luxemburg überragenden Weitblick. Ihr Vertrauen in die deutsche Arbeiterklasse und ihre Warnungen vor der konservativen Erstarrung der Gewerkschaftsführung sind voll von der Geschichte bestätigt worden.

Heute stehen wir wieder in einer ähnlichen Situation wie die Zeitgenossen Rosa Luxemburgs um die Jahrhundertwende. Eine lange kapitalistische Aufschwungszeit und die Stärke des sozialdemokratischen und des Gewerkschaftsapparats haben eine Führungsschicht hervorgebracht, die politisch und praktisch den großen Kämpfen und Stürmen der Zukunft nicht gewachsen ist. Rosa Luxemburg war eine der ersten unter ihren Zeitgenossen, die sich dieser Situation bewußt wurden. Ihre Schrift ist auch heute höchst aktuell und darf auf dem Bücherbrett keines aktiven Gewerkschafters oder Sozialisten fehlen. "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" ist über jede gute Buchhandlung zu beziehen:

Rosa Luxemburg
Gesammelte Werke, Band 2
Dietz Verlag, Berlin

Keine Gerechtigkeit im Kapitalismus

Eine Umfrage des EMNID-Instituts, die 1980/81 im Auftrag der Deutschen Shell AG unter Jugendlichen durchgeführt wurden, zeigt, was die Jugend von dieser Gesellschaft hält.

Frage: "Was meinen Sie überhaupt zu unserer Gesellschaftsordnung - geht es da eher gerecht zu, gibt es Menschen, die benachteiligt werden, oder ist das eine ganz ungerechte Ordnung?" Es wurde wie folgt geantwortet:

- "geht eher gerecht zu": 25%
- "Menschen werden benachteiligt": 60%
- "ganz ungerecht": 11%

Das heißt, vereinfacht ausgedrückt, daß 70% der heutigen Jugend unsere Gesellschaftsordnung für ungerecht halten. Die Arbeiterbewegung muß diesen 70% den Grund dafür nennen und ihnen eine Alternative anbieten. Denn ihre geschichtliche Aufgabe liegt darin, Gleichheit und Gerechtigkeit für alle herzustellen.

Echte Demokratie setzt voraus, daß es keinen Mangel an den Dingen gibt, die für ein anständiges Leben notwendig sind: Wohnung, Nahrung, Kleidung, soziale Sicherheit. Ein einfaches Beispiel: man stelle sich eine Insel vor, mit vollkommen demokratischer Gesellschaftsordnung. Eines Tages stellt man fest, daß man genügend Nahrung nur für die Hälfte der Inselbewohner hat... die langfristigen Konsequenzen für diese Demokratie wären katastrophal.

Der Kapitalismus nimmt für sich in Anspruch, demokratisch zu sein und das Recht aller auf ein menschenwürdiges Leben zu verwirklichen. Aber er enthält den Men-

schen Wohnraum und Arbeitsplätze vor, um seine Profite zu steigern.

Mangel führt zu einem Konkurrenzkampf um die Dinge, die für ein Leben notwendig sind, und zwingen den Menschen, gegen seinen eigenen Bruder zu kämpfen.

Die Macht in einer Gesellschaft liegt in den Händen derjenigen, die die Mittel besitzen und kontrollieren, mit denen der Reichtum produziert wird. Darum setzt echte Demokratie voraus, daß die große Mehrheit diese Macht in Händen hält. Weltweit wären heute genug Rohstoffe, Arbeitskräfte, Produktionskapazitäten, Technologien und sonstige Voraussetzungen vorhanden, um die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen. Aber dazu ist es notwendig, daß die Produktionsmittel sozialisiert und demokratisch durch die Arbeiter kontrolliert werden. Die Produktion muß sinnvoll geplant werden, damit ein Brachliegen von menschlicher Arbeitskraft und Industriekapazitäten verhindert wird.

"Wenn genug Waren im Laden sind, können die Käufer kommen, wann sie wollen. Wenn die Waren knapp werden, müssen die Käufer Schlange stehen. Wenn die Schlange sehr lang ist, muß ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie. Sie 'weiß', wem zu geben, und wer zu warten hat."
Leo Trotzki:
"Verratene Revolution"

UND DIE DEMOKRATIE Gewerkschaften

Stuard Garvie,
Mitglied der Jungsozialisten
Köln Altstadt-Nord

"Pause".

Schwerfälliger Apparat

Dabei hat sich oft gezeigt, daß der Apparat verkrustet und schwerfällig geworden ist und sich deshalb die Kampfkraft der Kollegen nicht voll entfalten kann.

In der Lohnrunde bleibt von der ursprünglichen Forderung der Mitglieder am Schluß nicht mehr allzuviel übrig. Die Forderungen der Vertrauenskörper werden von Instanz zu Instanz stärker gefiltert. Das einzelne Mitglied kann nie verfolgen, wie seine Vertreter in der Großen Tarifkommission abstimmen: die Sitzungen sind nicht mal für Gewerkschaftsmitglieder öffentlich. Wie oft hat es nicht schon lautstarke Proteste und eine Flut von Telegrammen an den Hauptvorstand gegeben, wenn ein enttäuschender Tarifabschluß bekannt geworden ist?

In der Satzung der IG Metall ist festgehalten, daß der Vorstand das letzte Wort über Streikauslösung, Streikabbruch und die Annahme von Verhandlungsergebnissen hat. 1978 hatte sich in einer Urabstimmung in der metallverarbeitenden Industrie in Nordrhein-Westfalen eine Mehrheit von 86% der organisierten Kollegen für Arbeitskampf ausgesprochen.

Trotzdem weigerte sich der Vorstand, die Kollegen auch tatsächlich streiken zu lassen. Er hielt es schließlich nicht einmal für nötig, eine zweite Urabstimmung unter den Kollegen über das (magere) 5%-Verhandlungsergebnis anzusetzen.

Bei einer Urabstimmung über Arbeitskampfmaßnahmen ist die Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit von 75% zur Ausrufung eines Streiks notwendig. Andererseits reicht aber schon eine 25%-Minderheit aus, um ein Verhandlungsergebnis abzusegnen (und der Mehrheit aufzu-

drücken).

Innergewerkschaftliche Konflikte

Über die Folgen von Tarifrunden und Streiks sowie die allgemeine Gewerkschaftspolitik hat es in den letzten Jahren schon heftige innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen gegeben. Nicht selten haben dabei die Vorstände auf einfache Weise versucht, sich ihre schärfsten Kritiker vom Hals zu schaffen: durch Untersuchungsverfahren und die Verhängung von "Strafen", von der Rüge bis hin zu Funktionsverbot und Ausschluß. Schon manches aktive und unbequeme Betriebsratsmitglied ist dem zum Opfer gefallen. Oft ist hierbei offene (und nötige) Kritik am Vorstand mit "gewerkschaftsschädigendem Verhalten" verwechselt worden.

1979 gab es vor allem aus den Reihen der Gewerkschaftsjugend viel lautstarke Kritik daran, daß sich der DGB-Vorsitzende Vetter überhaupt mit dem Gewerkschaftsfeind Strauß treffen wollte. In diesem Zusammenhang wurde der damalige DGB-Bundesjugendsekretär Hawreliuk amtsenthoben, und wenig später setzte der Bundesvorstand auch die kritische Redaktion der DGB-Jugendzeitung 'ran ab.

Die Seiten unserer Zeitung reichen nicht aus, um alle diese Konflikte darzustellen. Es wird aber klar, daß nur eine durch und durch demokratisierte Gewerkschaftsbewegung die notwendige Schlagkraft aufbringen kann, die in den harten Auseinandersetzungen der 80er Jahre nötig sein wird.

Die rechten, abgehobenen und sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaftsführer konnten sich bisher immer auf zwei Dinge stützen: auf den kapitalistischen Aufschwung, der eine Steigerung des Lebensstandards der Arbeiter

ermöglicht hat, und auf eine weitverbreitete Passivität an der Basis.

Dies wird sich jetzt ändern: Die Glanzzeiten des Kapitalismus sind endgültig vorüber. Und auch die bisher eher trägen und passiven Kollegen werden anfangen zu kämpfen, wollen sie sich nicht den errungenen Lebensstandard wieder abnehmen lassen.

Oder ist es vorstellbar, daß sich unsere Generation einfach so die Butter und Wurst vom Brot nehmen lassen würde und bereit wäre, wie die Großväter wieder zu hungern und zu frieren?

In der jetzt erneut hereinbrechenden Wirtschaftskrise, angesichts einer schnell zunehmenden Jugendarbeitslosigkeit und der drohenden Kürzungen der Sozialleistungen, ganz zu schweigen von den anderen Auswüchsen einer kapitalistischen Krise wie z.B. Ausländerhaß und Faschismus, braucht die Arbeiterklasse wieder kämpferische Gewerkschaften, mit klarem Programm und entschlossener Führung.

Pariser Kommune:

Arbeiter an der Macht

Fast alle kapitalistischen Parteien nennen sich "demokratisch", aber in ihrem Grundsatprogramm verteidigen sie das Recht einer winzigen Minderheit in dieser Gesellschaft, die Produktionsmittel zu besitzen und zu kontrollieren. Zu ihrer Art von "Demokratie" gehört auch ein riesiger Staatsapparat mit Tausenden von Gesetzen und Fußangeln.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob wir vieles dem Kapitalismus zu verdanken hätten: die Meinungsfreiheit, das freie Wahlrecht usw. Aber wir sollten nicht vergessen, daß uns diese Rechte nicht geschenkt wurden. Alle Rechte der Mehrheit sind nur im Kampf gewonnen worden.

Natürlich behaupten wir nicht, daß wir rechtlos in einem Polizeistaat leben. Doch wenn die Bürger keine ständige Kontrolle über den Staat und die Gesetze ausüben, können die Rechte sehr schnell verschwinden, und der sogenannte "Wille der Mehrheit" kann zu einem schlechten Witz werden (z.B. Startbahn West). Die blinde Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums führt zu einer totalen Mißachtung der Bedürfnisse der Mehrheit (z.B. in der Berliner Wohnungskrise).

Demokratie, Rechte und Re-

formen sind im Kapitalismus nicht sicher und nicht ewig. Darum reicht es nicht aus, einfach nur "mehr Demokratie" zu fordern. Natürlich müssen wir unsere Rechte - auch jedes noch so kleine Recht - innerhalb dieses Systems verteidigen und ausbauen. Doch wir tun dies ohne die Illusion zu schüren, daß diese Rechte von der herrschenden Klasse in Krisenzeiten als unantastbar angesehen werden.

Eine echte Demokratie ist kein utopischer Traum, sondern es ist eine geschichtliche Tatsache, daß eine solche Demokratie existieren kann. Hier als Beispiel die Pariser Kommune von 1871

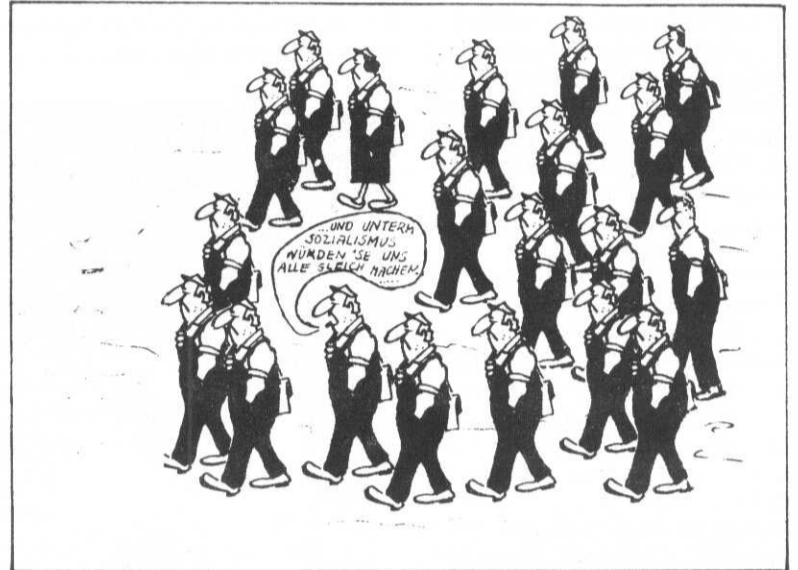
Am Ende des deutsch-französischen Krieges erhob sich das Pariser Proletariat. Die bürgerliche Regierung flüchtete. Die Arbeiter von Paris hatten die Macht und mußten Gesetze machen und die Gesellschaft organisieren: die erste "Diktatur des Proletariats" hatte begonnen.

Zuerst mußten sie eine Regierung wählen. Die gewählten Vertreter sollten aber nicht so sein wie üblich: sich erst wählen lassen und dann keine einzige Versprechung einhalten. Also war die erste Regel der neuen Demokratie die Abwählbarkeit aller Funk-

tionäre. Diese drei Grundsätze der Arbeiterdemokratie sind seither immer wieder aufgebracht worden, und zwar nicht von irgendwelchen verrückten "Sozialisten" oder besessenen "Demokraten", sondern von der Arbeiterklasse, jedesmal, wenn sie versucht hat, die Macht zu ergreifen: in Rußland, Spanien, Deutschland und Ungarn. Auch die Mitglieder der "Solidarnosz" haben immer deutlicher Forderungen in diese Richtung gestellt. Wo die Arbeiterklasse selbst die Macht ausgeübt hat, brauchte sie keine "Justizpaläste", keine Berufsrichter, Berufsbeamten, keinen riesigen Staatsapparat.

gentum enthalten. Diesen Worten sind bisher aber keine Taten gefolgt. Sorgen wir dafür, daß diese Ziele wieder Grundlage der praktischen Gewerkschaftsarbeit werden.

Der DGB ist mit seinen knapp acht Millionen Mitgliedern die potentiell stärkste Kraft in der Gesellschaft. Wenn diese geballte Kraft erst einmal in Bewegung kommt und richtig geführt wird, wird kaum eine Macht sie mehr bremsen können.



KAMPF FÜR DEMOKRATIE HEISST KAMPF FÜR SOZIALISMUS

VORAN - Interview mit einem arbeitslosen Bauarbeiter

„DIE UNTERNEHMER SIND AN MEINER ARBEIT REICH GEWORDEN. ICH NICHT.“

VORAN sprach mit Berthold Zorawik aus Aachen, 59 Jahre, Baufacharbeiter, SPD-Mitglied und Mitglied der IG Bau, Steine, Erden über die gegenwärtige Lage.

VORAN: Berthold, was hältst Du für das größte politische Problem in der heutigen Zeit?

Berthold: Natürlich die Arbeitslosigkeit. Zwei Millionen sind es jetzt schon. Da ist ja kein Ende in Sicht. Und solange dieses Wirtschaftssystem nicht geändert wird, solange werden wir von jetzt an auch die Wirtschaftsflaute haben. Ich bin selbst einer von diesen 2 Millionen. Jede Woche gehen mir mehr als 200.- DM ab. Aber gleichzeitig wird in die Rüstung reingebuttert, was das Zeug hält. Die Millionen-Erwerbslosigkeit zeigt, daß das kapitalistische System auf den Bankrott zugeht.

VORAN: Warst Du schon öfter arbeitslos?

Berthold: Jaja, auf dem Bau, wo ich schon seit meiner Jugend arbeite, da ist das so. Ich hab schon fünf Verfahren vor dem Ar-

beitsgericht gehabt. Ich war schon bei 12 bis 15 verschiedenen Bau-Unternehmen. Da gibt's ja oft keine Betriebsräte. Und ich als alter Gewerkschafter (33 Jahre Mitglied) habe immer versucht, einen Wahlvorstand zu bilden, damit der Betrieb endlich einen Betriebsrat kriegt. Unter fadenscheinigen Begründungen bin ich wegen meiner gewerkschaftlichen Aktivitäten mehrmals gekündigt worden.

VORAN: Woran liegt das?

Berthold: Ja, woran liegt das?!? Es ist echt unlogisch: Viele Leute haben keine anständige Wohnung und sind auf der Suche, können aber nicht die hohen Mieten zahlen, die verlangt werden; viele Wohnungen bleiben leerstehen und vergammeln; und seit Oktober 80 sind 250.000 Baufacharbeiter stellungslos geworden; Tausende kleine Firmen sind bankrott gegangen...

VORAN: Du meinst, in einem logisch planenden Wirtschaftssystem würden die arbeitslosen Bauarbeiter mit Hilfe der jetzt (infolge der Firmenzusammenbrüche) brachliegenden Baumaschinen genügend Wohnungen für die Wohnungssuchenden bauen können?

Berthold: Genau! Das was Ihr hier in Eurer Zeitung schreibt, in Eurer Überschrift ("Arbeit für alle! Für Verstaatlichung und demokratische Arbeiterkontrolle!", d. Red.), da war ich schon immer dafür. Ich stamme nämlich aus einer alten sozialdemokratischen Arbeiterfamilie, mein Vater war schon um die Jahrhundertwende in der SPD. Der würde sich im Grabe rundrehen, wenn er sehen würde, was heute aus seiner Partei geworden ist...

VORAN: ...darauf können wir später noch eingehen. Nochmals zurück zur Bauindustrie: es heißt ja immer, die hohen Löhne der Bauarbeiter wären schuld an der Misere...

Berthold: Daß ich nicht lache! Weißt Du was?!? Die Bauarbeiterlöhne sind in den letzten 20 Jahren um 300 bis 400% gestiegen, aber die Baukosten sind um mehr als 1000% gestiegen. Ich frage Dich: wie können daran die Löhne schuld sein?

VORAN: Wer ist denn schuld?

Berthold: Die Bauarbeiter jedenfalls nicht! Hier in Aachen gibt es fast keine Straße mehr, wo ich nicht irgendein Haus mitgebaut habe. Die Unternehmer, die dafür meine Arbeitskraft ausgenutzt haben, sind alle reich geworden dabei. Ich nicht.

Die Wohnungspreise sind von den Banken und von den Spekulanten hochgetrieben worden.

VORAN: Was denkst Du in dem Zusammenhang über die neuesten Beschlüsse der Bundesregierung?

Berthold: Ich bin stinksauer. Die vertreten nicht mehr meine Interessen. Für einen Arbeiter oder Angestellten mit normalem bis mittlerem Einkommen ist es schon seit Jahren unmöglich geworden zu bauen. Und wer nicht bauen kann, muß sich 'ne Wohnung mieten. Aber das wird auch immer schwieriger. Mieten von

1000.- DM für eine 5-Zimmer-Wohnung sind ja heute normal. Ich frage Dich: Welche Arbeiterfamilie mit Kindern kann sich das heute noch leisten?

VORAN: Wie schätzt Du die Regierungspolitik denn allgemein ein?

Berthold: Der Schmidt macht Politik fürs Großkapital. Guck Dir mal die Sparmaßnahmen an: Ein Unternehmer kriegt 10% "Investitionszulagen"; der kauft sich ei-

men aus unseren Taschen, oder nicht?! Und mit unseren eigenen Geldern werden unsere Arbeitsplätze weg-rationalisiert! Der Gipfel ist ja, daß das ganze dann auch noch Beschäftigungsprogramm genannt wird...

VORAN: Wie werden die nächsten Wahlen ausgehen?

Berthold: Die SPD verliert. Wenn die Regierung für Mieterhöhungen ist, dann werden vielleicht die

Berthold: ...heute müssen die Kollegen sich wieder mit Politik befassen. Eine Arbeiterschaft, die in die Rezession kommt, fängt an zu denken. In der Hochkonjunktur brauchte sich ja keiner zu kümmern. Wir Linken haben's ja gesagt, wir haben gewarnt: die guten Zeiten gehen wieder vorbei, der Kapitalismus kommt wieder in die Krise. Damals haben sie nicht auf uns gehört, heute müssen sie uns recht geben.

VORAN: Was ist denn die Alternative?

Berthold: Auf jeden Fall braucht die SPD eine andere Politik, einen neuen Anfang. Ich erntete kürzlich eisiges Schweigen auf dem Bezirksparteitag Mittelrhein, wo ich Delegierter war, als ich sagte, daß die SPD nach meiner Schätzung nur noch 34% Stimmen kriegt. Zwei Tage später war eine Meinungsumfrage in der Zeitung, die der Partei 35% gab. Und in Niedersachsen kriegte sie dann 36%. So schlecht war meine Schätzung also nicht...

Wir brauchen eine viel höhere Besteuerung der Großunternehmen. Eine Demokratisierung der Wirtschaft ist nötig. Von der Rüstung müssen wir runter, Friedensproduktion einführen, genug billige Wohnungen bauen, die 35-Stunden-Woche durchdrücken - das bringt auch Stimmen. Wenn die nächsten Wahlen verloren gehen, dann sind Leute wie ich nicht schuld: wir haben uns nämlich schon genug Schuhsohlen durchgelaufen, um von Haustür zu Haustür zu gehen, beim Werben für die Partei...

Früher hatten wir in der SPD noch mehr als 50% Arbeiter und Angestellte. Heute haben wir noch 15%. Der Rest sind Richter, Rechtsanwälte, Akademiker, Ärzte, Bürokraten, Beamte



Berthold Zorawik ist nur einer von 2 Millionen

nen neuen Mercedes dafür und jeweils 10 Arbeitern wird's aus der Tasche gezogen. Das ist unsozial.

Diese Investitionszulagen gehen schon seit Jahren in falsche Kanäle. Wo sind denn die Milliardeninvestitionen seit 1972 geblieben? Wo sind die versprochenen Arbeitsplätze? Eine wirksame Kontrolle durch die Arbeiter und die Gewerkschaften gibt's nicht über diese Gelder. Aber sie kom-

men neuen Mercedes dafür und jeweils 10 Arbeitern wird's aus der Tasche gezogen. Das ist unsozial.

Diese Investitionszulagen gehen schon seit Jahren in falsche Kanäle. Wo sind denn die Milliardeninvestitionen seit 1972 geblieben? Wo sind die versprochenen Arbeitsplätze? Eine wirksame Kontrolle durch die Arbeiter und die Gewerkschaften gibt's nicht über diese Gelder. Aber sie kom-

FASCHISTISCHE VERANSTALTUNG VERHINDERT

Liebe Genossen!

Wie schon in der letzten VORAN-Ausgabe (Nr.56), habe ich auch diesmal wieder einen Bericht über die faschistische Wiking-Jugend geschrieben.

Am 5. März nahmen wir an einer Aktion gegen die Wiking-Jugend teil, die in der Stadtmitte versucht hatte, einen Info-Tisch aufzubauen. Dabei haben wir erfahren, daß die Wiking-Jugend am 20. März einen Gau-Jugendtag in der Wolkenburg, einem Speiselokal in der Kölner Altstadt, veranstalten wollte. Wir beschlossen, ein gemeinsames Flugblatt gegen die Wiking-Jugend herauszubringen. Das fertige Flugblatt war von 30 Organisationen unterschrieben, darunter Jusos, Falken, VVN etc. Es wurde bis zum 20.3. vor verschiedenen Schulen und durch Info-Stände verteilt. Einige Tage vor dem

20.3. haben wir dann erfahren, daß der Besitzer der Wolkenburg der Wiking-Jugend den Vertrag gekündigt hatte. Wahrscheinlich deshalb, weil ihm einige Jusos angedroht hatten, dafür zu sorgen, daß die SPD in diesem Lokal keine Veranstaltung mehr abhalten würde, falls die Faschisten den Saal bekommen hätten.

Am 20.3. trafen sich dann etwa 500 Antifaschisten am Neumarkt. Es wurden verschiedene Reden auf Deutsch und Türkisch gehalten. Kurz vor Schluß der Kundgebung wurde noch durchgegeben, daß sich alle um 15 Uhr wieder am Bahnhof Köln-Deutz treffen sollten. Man vermutete, daß sich die Faschisten dort verabredet hätten, um geschlossen zu einem neuen Raum zu gehen. Genährt wurde diese Vermutung durch einen Anruf bei einem Kölner Faschisten, indem jemand

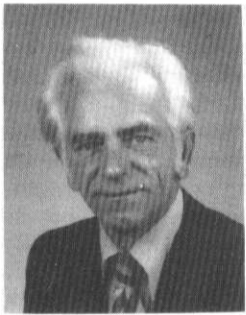
"Interesse" vorgetäuscht hatte.

So trafen sich etwa noch 300 Antifaschisten am Deutzer Bahnhof. Wir warteten dort noch so etwa zwei Stunden, ohne daß etwas geschah. Kurz vor 17 Uhr haben einige dann die Umgebung abgesucht. Dabei wurden drei "Wiking" gesichtet. Sie rannten in wilder Panik davon.

Nach 17 Uhr haben wir uns dann aufgelöst und sind nach Hause gegangen. Unser Ziel, das Treffen der Faschisten zu verhindern, war erreicht. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß leider keiner von der sogenannten "Juso-Prominenz" es für notwendig gehalten hatte, an unserer Aktion teilzunehmen.

Jakob Meindorf,
Juso-AG
Köln Altstadt-Nord

„Hier in Aachen gibt's fast keine Strasse mehr,



wo ich nicht irgendein Haus mitgebaut habe.“

beitsgericht gehabt. Ich war schon bei 12 bis 15 verschiedenen Bau-Unternehmen. Da gibt's ja oft keine Betriebsräte. Und ich als alter Gewerkschafter (33 Jahre Mitglied) habe immer versucht, einen Wahlvorstand zu bilden, damit der Betrieb endlich einen Betriebsrat kriegt. Unter fadenscheinigen Begründungen bin ich wegen meiner gewerkschaftlichen Aktivitäten mehrmals gekündigt worden.

VORAN: So auch dieses Mal?

Berthold: Nee, nee, dieses Mal mußte ich aus "wirtschaftlichen" Gründen gehen. Der Chef konnte mich nicht mehr bezahlen. Ich war der letzte Deutsche in der Firma. Der Chef hat nur noch die Belgier und Holländer behalten, die arbeiten für 2.-DM weniger, aber den Bauherrn berechnet er

Interview mit ÖTV-Personalratsvorsitzendem

»AN DER BASIS BRODELT ES«

Rotstiftpolitik stösst auf Widerstand

VORAN: Was hältst Du von den Sparprogrammen der Regierungen im Bund und in Nordrhein-Westfalen?

Manfred: Die Sparprogramme sind so angesetzt, daß es immer nur die schwächsten Glieder trifft. Besonders schlimm ist das, wenn dies eine sozialdemokratische Alleinregierung macht, wie sie in NRW ja mit absoluter Mehrheit besteht. Die brauchen sich nicht zu wundern, wenn sie bei den Wahlen die Quittung kriegen.

VORAN: Besonders hart gebeutelt sind ja die Bereiche Bildung, Hochschulen und Studentenwerke. Wie wirkt sich das bei Euch aus?

Manfred: Wer im Endeffekt noch studieren kann, das sind Kinder von reichen Eltern, die es sich leisten können. Unserem Bereich (Studentenwerk) wurden für 1982 Mittelkürzungen von bis zu 55% auferlegt. Die Betreuung und Versorgung der Studenten ist kaum noch zu gewährleisten. Wir dürfen freiwerdende Stellen erstmal 6 Monate nicht mehr besetzen, danach darf nur noch jede dritte der freigewordenen Stellen aufgefüllt werden.

VORAN: Welche Stellen sind dies im Studentenwerk?

Manfred: Konkret heißt dies, daß das Wissenschaftsministerium hingeht und alle nichtbezugsfähigen Stellen, die auch nur den Anruch des Defizitären haben, zu strei-

chen versucht. In unserem Hause sind dies vor allem die Metzger-, Bäcker- und Verkäuferinnenstellen. Aber auch Hausmeister und Handwerker sind betroffen.

VORAN: Und die Folgen?

Manfred: Das Resultat einer solchen Vorgehensweise bedeutet für die verbliebenen Studentenwerksmitarbeiter Streß, Leistungsmaximierung, Krankheit mit Folgeausfällen und erneuter Leistungsmaximierung für die dann wiederum Verbliebenen. Ein Teufelskreis, muß ich schon sagen.



VORAN: Der NRW-Finanzminister Posser (SPD), hat in einer Broschüre ("Die Probleme der Gegenwart meistern", d. Red.) angekündigt, daß allein in diesem Bundesland 7.000 Stellen im öffentlichen Dienst wegfallen sollen...

Manfred: ...das ist schon ein Hohn. Schließlich haben wir hier fast eine halbe Million Arbeitslose in NRW alleine. Mit dieser Rotstiftpolitik werden die Probleme der Gegenwart nicht gemeistert, sondern verschärft.

VORAN: Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wird es keine landeseigenen Baumaßnahmen mehr geben. Wie steht's damit?

Manfred: Eine gebäudliche Substanz, wie bei uns, die aus Nachkriegsschutt errichtet wurde, ist nicht für eine halbe Ewigkeit gedacht. Hier im Hause arbeiten wir mit völlig überalterten Maschinenanlagen. Die Gebäudesubstanz ist total unzureichend. Notwendige Reparaturen können im Hause wegen der Sparpolitik nicht mehr durchgeführt werden. Langsam, aber sicher verfällt es. In der Mensa tropft schon das Wasser von der Decke. Da wurden halt behelfsweise ein paar Eimer druntergestellt. Wir hatten einen dreimonatigen Ausfall des Transportbandes für das schmutzige Geschirr in der Mensa I. In der Zeit mußte das Geschirr von den Kolleg(inn)en manuell in den Keller geschleppt werden.

VORAN: Wie sieht's mit den studentischen Wohnheimen aus? Gehen die auch schon aus dem Leim? Im studentischen Wohnungsbau sollen ja 100 Millionen gestrichen werden.

Manfred: Die Buden in der Bayernallee weisen defekte Türen und feuchte Wände auf. Deshalb mußten die Studenten sogar die gesetzlich gewährleistete Miet-Ermäßigung zugestanden werden. Ebenso die Wohnheim-"Türme": die sind so zugig und schlecht isoliert, daß bei einer Gesamtmiete von 185,- DM allein



der Heizkostenanteil bei 100,- DM liegt. Gelder, um diese Gebäude zu renovieren und so die Kosten langfristig wieder reinzuholen, stehen nicht zur Verfügung. Hier treibt die Finanzpolitik schon seltsame Blüten.

VORAN: Heißt das, daß die Arbeitsbedingungen des Studentenwerkspersonals allgemein nicht besonders gut sind?

Manfred: Natürlich. Wir Studentenwerker sind im Schnitt mit am schlechtesten entlohnt. Auf einen Nenner gebracht: die Arbeitsbedingungen sind äußerst schlecht. Das sieht man z.B. an den BAFöG-Sachbearbeitern. Die müssen zusammengepfercht mit zwei bis acht Leuten in winzigen Büros arbeiten. Vertraulichkeit ist nicht mehr gewährleistet, weil bei Befragungen der Antragsteller zu ihren familiären und finanziellen Verhältnissen auch andere Leute mithören können.

VORAN: Wieviele Anträge müssen die Sachbearbeiter bearbeiten?

Manfred: Wir haben 24 Sachbearbeiter für 15.000 Anträge im Wintersemester. Das stapelt sich natürlich, und es entstehen lange Wartezeiten. Nach zehn Wochen haben die Studenten ein Recht auf eine Abschlagszahlung, auch wenn die Anträge noch nicht entgeltlich entschieden sind. Dadurch entsteht wieder Mehrarbeit und die eigentlichen Anträge müssen nochmals liegenbleiben. Ein weiterer Teufelskreis...

VORAN: Wie sieht es im Küchenbereich aus?

Manfred: Der ist total überlastet. Die Essenskapazität der Mensen I und II war ursprünglich für 2.500 Essen ausgelegt worden. In derselben Küche müssen wir aber heutzutage bis zu 7.000 Essen produzieren. Das Personal ist völlig überlastet. Das ist ein klarer Verstoß gegen die Arbeitsstättenverordnung. Die Situation ist katastrophal.

VORAN: Es ist immer die Rede von "Beschneidung des Wildwuchses"...

Manfred: Niemand von uns sperrt sich gegen eine Beschneidung von Wildwuchs, sofern er

wirklich vorhanden ist. Aber was man mit den Studentenwerken und Hochschulen des Landes vorhat, ist eine Rasenmähermethode, die kein Gras mehr nachwachsen läßt.

Wo ist denn eigentlich dieser vielzitierte "Wildwuchs"? In unseren Küchen, wo hart gearbeitet wird? Ist es "Wildwuchs", wenn eine bei uns beschäftigte alleinstehende Mutter mit Kind 1250 Mark netto verdient? Oder ist es "Wildwuchs", wenn in dieser ach so sozialen Republik nur eine kleine Minderheit von Arbeiterkindern studieren kann? Ist es "Beschneidung von Wildwuchs", wenn aus dieser kleinen Minderheit durch BAFöG-Kürzungen eine noch kleinere gemacht wird? Oder ist es nicht eher "Wildwuchs", wenn Jahr für Jahr mehr Milliarden in das bodenlose Faß der Rüstung gepulvert werden? Ist es nicht "Wildwuchs", wenn die Spitzen der Staatsbürokratie fette Ministerialzulagen erhalten und alle zwei Jahre automatisch befördert werden? Das kann sich jeder mal selbst überlegen...

VORAN: Welche Widerstandskaktionen der Betroffenen sind zu erwarten?

Manfred: Wer die Mitgliedsbasis hier im Studentenwerk kennt, der weiß, daß wir hier überaus kritische Mitglieder haben. Wir werden es nicht beim Bedauern über die derzeitige Rotstiftpolitik belassen. An der Basis brodet es. Es ist nicht auszuschließen, daß die Empörung so groß wird, daß es zu einem spontanen Streik kommt. Wir lassen uns jedenfalls jetzt nicht wie geduldige Schafe zur Schlachtbank führen. Wir planen gemeinsam mit der Landes-ASten-Konferenz eine Demonstration in Düsseldorf gegen die arbeitnehmerfeindliche Rotstiftpolitik. Da sachliche Gespräche sowieso nichts gefruchtet haben, sehen wir uns zu solchen Maßnahmen genötigt. Es besteht Hoffnung, daß diese Demonstration von den Gewerkschaften GEW und ÖTV mitgetragen wird.

VORAN: Manfred, wir danken Dir für dieses Gespräch.

HOCHSCHULEN WERDEN KAPUTTGESPART

Rabiate Sparmaßnahmen im Hochschulbereich plant die SPD-Alleinregierung von Nordrhein-Westfalen. Wissenschaftsminister Schwier (SPD) hat die Katze aus dem Sack gelassen, als er seine Struktur-"Reform" kürzlich bekannt gab.

Landesweit werden mehr als 25% aller Studienplätze in der Lehrer-Ausbildung gestrichen. Kaum eine Hochschule in Nordrhein-Westfalen wird ungerupft bleiben. Am härtesten schlägt die SPD-Sparaxt in Aachen zu: dort wird die Ausbildung für Lehrer der Primarstufe und der Sekundarstufe I vollständig ausradirt.

Doch nicht nur die Lehrerausbildung soll dran glauben. Auch Magister- und Diplomstudiengänge werden arg gerupft. In Anglistik soll die landesweit vorhandene Ausbildungskapazität um 30% verringert werden. Wirtschaftswissenschaften werden um 10%, Mathematik, Physik, Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Pädagogik um jeweils 30% gekappt. Bei Sozialwissenschaften, Soziologie und Politik sollen jeweils 15%, bei Germanistik und Geschichte jeweils 25% weniger Studienanfänger zugelassen werden.

Nach ersten Schätzungen wird dies beeuten, daß ab Herbst ca. 2.000 Abiturienten keinen entsprechenden Studienplatz finden werden. Mehr als 600 Stellen für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal werden weggespart.

Der AStA der TH Aachen schätzt, daß der Kahlschlag (der erst in einigen Jahren seine volle Wirkung zeigt) am Ende aus Aachen alleine fünf- bis sechstausend Studenten vertrieben haben wird (Gesamtzahl derzeit: rund 40.000).

In einem "Strukturpapier" der Landesregierung (mit dem Aktenzeichen IC-6033) werden die Maßnahmen mit der "schwierigen gesamt- und finanzwirtschaftlichen Lage" begründet. Besserung sei auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Und es wird angedroht: "Für die kommenden Jahre muß auch bei optimistischeren (!) wirtschaftlichen Annahmen (!) mit weiteren Einschränkungen gerechnet werden." Im Klartext: Wartet nur, das ist erst der Anfang; wir werden bald noch mehr Bildung wegsparen. Über die grundsätzliche Richtung ihrer Sparpolitik will die Landesregierung erst gar nicht mit sich reden lassen: es bestünde "kein Zweifel" an deren Notwendigkeit, man könne höchstens über "Detailfragen" reden.

Bildungspolitik und Hochschulreform waren einst Prunkstücke der SPD-Reformpolitik. Jetzt werden sie kaputtgespart. Unsere wackere Landesregierung wollte vor einem Jahr noch "das Ruhrgebiet wieder unter Dampf setzen". Jetzt produziert sie zusätzlich noch einige tausend Arbeitslose dazu. Vor zwei Jahren gewann die SPD in NRW noch die absolute Mehrheit mit der Parole "Stoppt Strauß!". Heute führt sie eine Sparpolitik durch, wie sie einem Sparkommissar Strauß höchstpersönlich auch nicht besser eingefallen wäre. Sozialarbeiter sind im Kapitalismus dazu da, Trostpflüsterchen über die gesellschaftlichen Wunden zu kleben, die Arbeitslosigkeit, Jugendkriminalität usw. verursachen. Indem sie keine Sozial-

arbeiter mehr einstellt und deren Ausbildung drastisch einschränkt, reißt die Sparpolitik der Regierungen in Bund und Ländern nicht nur diese Trostpflüsterchen wieder runter, sie schlägt auch neue Wunden.

Sind diese Maßnahmen nicht eine Bankrotterklärung des Reformismus? Hatten uns nicht die führenden Genossen in der SPD versprochen, mit ihrer "Politik der kleinen Schritte" könne man sozial und sanft den Übergang vom Kapitalismus über die soziale Marktwirtschaft hin zum demokratischen Sozialismus zuwege bringen?

Sie haben sich verrechnet. Ihre Tagträumerei war auf die Illusion gebaut, daß der wirtschaftliche Aufschwung der 50er und 60er Jahre sich bis ins nächste Jahrtausend fortsetzen würde. Die kapitalistischen Krisen der 70er und 80er Jahre haben ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Die Alternative ist klar: Entweder man akzeptiert dieses kapitalistische Wirtschaftssystem. Dann muß man auch seine Folgen in Kauf nehmen: Krisen, Arbeitslosigkeit, Finanzknappheit und Einsparungen im Sozial- und Bildungsbereich, wie sie vom Großkapital diktiert werden.

Oder man hält nach wie vor an den Zielen der großen Sozialreformen fest und fordert: Arbeit für alle, ein anständiges Mindesteinkommen für jeden, die 35-Stunden-Woche, gleiche Bildungschancen usw. Dann muß man aber auch die Konsequenz ziehen und sagen: wenn diese Ziele nicht mehr mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zu vereinbaren sind, dann muß dieses System weg! Wenn dieses System auf Grund seiner Planlosigkeit wirtschaftliche Krisen hervorbringt, dann muß die Wirtschaft der Zukunft geplant werden.

Die SPD-Alleinregierung in NRW hat (wie die meisten führenden Leute in der ganzen SPD) den ersten Weg eingeschlagen. Sie spart wieder kaputt, was in wirtschaftlichen Blütezeiten an sozialen Errungenschaften durch ihre eigene Initiative einst durchgesetzt wurde. Wir müssen den zweiten Weg einschlagen.

Die gegenwärtige SPD-Politik führt nur zu Wahnniederlagen. Unsere Aufgabe ist es, der Partei, wenn möglich, diese Katastrophe zu ersparen; sollte dies nicht gelingen, dann werden die Konsequenzen danach gezogen werden: eine durch Krise, "Kaputt-Spar-Politik" und Wahnniederlagen wachergetelte SPD- und Gewerkschaftsbasis wird einen neuen Kurs durchsetzen.

- * Nein zur Rotstiftpolitik in Bund und Ländern
- * Nein zur Krise - für eine demokratische Planwirtschaft!
- * Arbeit für alle! 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust!
- * Für ein massives Programm öffentlicher Arbeiten, die durch drastische Einsparungen bei der Rüstung finanziert werden

Kurt Pfeifle, Aachen

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren...

und habe 7,- DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Öfinger, PschA Essen Nr. 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 58 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75